

D-1 Gemeinsam gegen rechtsextremen Hass - Deutschland ist vielfältig!

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 29.05.2024
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsantrag

Antragstext

1 In den vergangenen Tagen rollte eine Welle des Entsetzens über Deutschland.
2 Zuvor hatte sich ein an Pfingsten auf Sylt aufgenommenes Video verbreitet, in
3 dem eine Menschengruppe zu dem Song „L' Amour toujours“ die Parolen „Deutschland
4 den Deutschen!“ und „Ausländer raus!“ grölte. Als Landesverband Berlin von
5 Bündnis 90/Die Grünen stellen wir klar: Diese Parolen sind rassistisch wie
6 beschämend und für uns in keinerlei Kontext akzeptabel.

7 Uns besorgt, dass vermehrt geläufige und eingängige Werke der Popkultur
8 missbraucht werden, um „Huckepack“ rechtsextreme Hetze in Deutschland zu
9 verbreiten. So verbreitete sich die umgedichtete Version des Textes in den
10 vergangenen Monaten rasant in Deutschland. Videos, die entsprechende
11 Musikinhalte zeigten, gingen auf einschlägigen Social-Media-Plattformen,
12 insbesondere TikTok und Instagram, viral. Verstärkt wird dies durch Algorithmen,
13 die der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie folgen. So trainieren diese viralen
14 Inhalte wie auch ihre kritische Rezeption die Künstliche Intelligenz der
15 Plattformen und schaffen zwischen den rassistischen Parolen und dem
16 missbrauchten künstlerischen Werk eine (ungewollte) Verbindung und generieren
17 dem zur Schau getragenen Hass noch mehr Reichweite.

18 Dass dieser Hass – im digitalen wie analogen Raum – auf einen fruchtbaren Boden
19 fällt, ist nach der „Causa Sylt“ nun auch für die bislang Zweifelnden unstrittig
20 zu erkennen und muss alle aufrütteln! Wir mahnen Plattformbetreibende,
21 Aufsichts- und Regulierungsbehörden, ihre die Demokratie schützenden Pflichten
22 ernst zu nehmen. Besonders Jugendliche und junge Erwachsene werden durch die
23 algorithmisch forcierte virale Verbreitung rechtsextremer und rassistischer
24 Inhalte auf den Plattformen beeinflusst, rechtsextreme und rassistische Inhalte
25 werden normalisiert.

26 Als Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir den
27 Bundesfinanzminister auf, die Maßnahmen der Demokratiebildung im Entwurf zum
28 Bundeshaushalt 2025 auszuweiten! Wir verlangen vom Senat von Berlin, die 2024/25
29 veranschlagten Bildungsprojekte sicherzustellen und nicht weiter durch pauschale

30 Kürzungsvorgaben zu bedrohen! Zugleich fordern wir eine Debatte, wie wir die
31 Sensibilisierung insbesondere junger Menschen gegen demokratie- und
32 menschenfeindliche Botschaften erhöhen können. Auch müssen junge Menschen
33 dringend zu einem sicheren Umgang mit neuen Technologien im digitalen Raum
34 befähigt werden. Die Schule muss gerade jetzt als Ort der Demokratiebildung
35 gestärkt werden, wofür es dringend einen gesamtgesellschaftlichen Pakt braucht.
36 Es geht um unsere gemeinsamen Grundwerte.